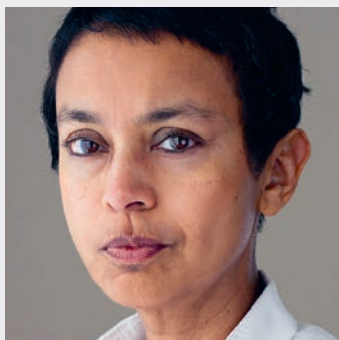


Nachhaltige Beschaffung im Aufwind?

Das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen befindet sich in Revision und wartet darauf, im Parlament diskutiert zu werden. Seta Thakur von Öbu und Bernd Steimann von Helvetas sehen nicht nur Potenziale für mehr Fairness in Produktionsländern, sondern auch Chancen für Schweizer Unternehmen.

Es braucht einen Mix aus Push- und Pull-Faktoren

Seta Thakur



Ein klares Bekenntnis zur Nachhaltigkeit bei öffentlichen Beschaffungen bietet die Chance, die Schweizer Wirtschaft und insbesondere diejenigen Unternehmen zu stärken, welche sich durch hohe Qualitäts- und Nachhaltigkeitsansprüche auszeichnen. Eine Aufwertung der Rolle von Nachhaltigkeitskriterien bei der öffentlichen Beschaffung wäre auch im Sinne der Strategie Nachhaltige Entwicklung (SNE), in welcher der Bund festhält, dass er in seinem Konsumverhalten eine Vorbildfunktion einnimmt.

Pull-Strategie – gleiche Regeln für alle

Ohne gesetzliche Verankerung ist es schwierig, als Beschaffungsstelle verbindliche Kriterien für soziale und ökologische Nachhaltigkeit einzufordern. Der Zweckartikel zur Nachhaltigkeit im aktuellen Revisionsentwurf würde den Pull-Faktor der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung stärken und es bliebe noch genügend Spielraum, um je nach Auftrag individuelle Kriterien und Ziele festzulegen. Einerseits würden so Unternehmen begünstigt, die besonders fortschrittlich sind und allenfalls bereits über eigene Nachhaltigkeitskriterien verfügen. Andererseits hätten auch Unternehmen eine Chance, die erst

damit begonnen haben, ihre Lieferkette umfassend zu überprüfen und eigene Ziele bezüglich Nachhaltigkeit zu setzen.

Nachhaltiges Lieferkettenmanagement und nachhaltige Beschaffung haben mit der fortschreitenden Globalisierung an Bedeutung gewonnen. Eine Studie des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) zeigt, dass ein Grossteil der Umweltbelastung der Wirtschaftstätigkeit von Schweizer Unternehmen in vorgelagerten Stufen der Wertschöpfungsketten im Ausland anfällt. Gleichzeitig zeigt die Wachstumsrate des Marktes von zertifizierten und gemäss Nachhaltigkeitsstandards produzierten Produkten zuverlässig nach oben. Es besteht also eine steigende Nachfrage nach Produkten mit gesicherter Lieferkette. Damit steigt der Druck auf Unternehmen, ihre

Verantwortung bis über die Landesgrenzen hinaus wahrzunehmen. Trotzdem ist das Thema noch immer für viele öffentliche Beschaffer und KMU nur schwer greifbar. Werden bei der Auftragsvergabe jedoch verbindliche Kriterien bezüglich Nachhaltigkeit nachgefragt und definiert, wirkt sich dies im Sinne eines Dominoeffektes auf die gesamte Lieferkette aus. Wichtig ist hier aber, wie so oft, dass für alle die gleichen Regeln gelten. Mit der Revision wäre dies durch die gesetzliche Grundlage gegeben.

Push-Strategie – Informationen zugänglich machen

Neben den gesetzlichen Grundlagen muss aber auch der Sensibilisierung und Weiterbildung der betroffenen KMU mehr



Nachhaltige öffentliche Beschaffung kann viel zu fairen Arbeitsbedingungen und zum Schutz der Umwelt beitragen.

Seta Thakur

Geschäftsleiterin öbu – der Verband für nachhaltiges Wirtschaften, Zürich
thakur@oebu.ch, www.oebu.ch

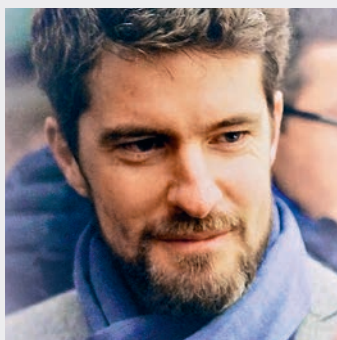
Bedeutung beigemessen werden. Entsprechend setzt der Verband für nachhaltiges Wirtschaften (Öbu) einen thematischen Schwerpunkt beim Lieferkettenmanagement und bei der Beschaffung. In diesem Rahmen betreibt Öbu in Zusammenarbeit mit Pusch eine Online-Plattform für nachhaltiges Lieferkettenmanagement, wo sich Unternehmen und Gemeinden anhand von Praxisbeispielen, Merkblättern und News zum Thema informieren können. Weiter führt Öbu regelmässig Veranstaltungen zum Thema durch, an welchen sich Unternehmen branchenübergreifend austauschen können.

Unternehmen, die nachhaltig beschaffen und ihre Lieferketten transparent machen, verfügen dadurch nicht nur über ein Alleinstellungsmerkmal, sondern tun langfristig etwas für ihre Glaubwürdigkeit. Ausserdem haben transparente Lieferketten den Vorteil, dass sich mögliche Risiken schneller entdecken und Reputationsschäden langfristig vermeiden lassen. Der Wandel zur Nachhaltigkeit in der Beschaffung geschieht bisher aber erst in einzelnen Sektoren, wie etwa in der Textilbranche, der Schokoladeindustrie oder in der Holzwirtschaft. Die Gesetzesrevision könnte den Wandel in weiteren Branchen anstossen und damit die Verbesserung der globalen Wertschöpfungsketten entscheidend voranbringen. □



Chancen der Revision nutzen

Bernd Steimann



Bund, Kantone und Gemeinden kaufen jedes Jahr Waren und Dienstleistungen im Wert von 40 Milliarden Schweizer Franken ein: Uniformen für die Armee, Computer für die kantonale Verwaltung, Randsteine für den Dorfplatz. 40 Milliarden, die sich auf Tausende von Zulieferern und Dienstleistern im In- und Ausland verteilen. Doch während Produzenten in der Schweiz das Arbeitsrecht beachten und sich zahlreichen Kontrollen unterziehen müssen, arbeiten die Menschen im Ausland oft unter prekären Bedingungen. Spätestens seit dem Einsturz der Textilfabrik «Rana Plaza» in Bangladesch 2013 weiss auch die breite Öffentlichkeit um den oft mangelhaften Arbeitnehmerschutz in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern.

Wer denkt, dass die öffentliche Hand aus diesem tragischen Ereignis gelernt hätte und ihre Verantwortung als Grosskonsumentin ernst nimmt, irrt: Der vorliegende Entwurf für das neue Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen sieht zwar vor, dass bei Ausschreibungen und Kaufentscheidungen ökologische Aspekte berücksichtigt werden können. Bezüglich sozialer Kriterien aber will sich der Bundesrat weiterhin mit den acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) begnügen. Diese sind jedoch äusserst eng gefasst und decken zentrale Themen wie Sicherheit am Arbeitsplatz nicht ab. Zudem sieht der Gesetzesentwurf keine wirksamen Kontrollen zur Einhaltung dieser Normen vor.

Rechtliche Situation ist unbefriedigend

Immerhin bemühen sich schon heute zahlreiche Gemeinden und Ämter, beim Einkauf auf soziale Aspekte zu achten und entsprechende Kriterien in die Ausschreibung aufzunehmen. Allerdings bewegen sie sich damit in einem rechtlichen Graubereich. Bei einem allfälligen Rekurs

eines unterlegenen Bewerbers hätten sie vor Gericht einen schweren Stand. Deshalb scheuen viele Beschaffungsstellen davor zurück, sozial nachhaltig einzukaufen. Der Bund nimmt damit Arbeitsverhältnisse in Kauf, die hierzulande unter keinen Umständen geduldet würden. So benachteiligt er all jene Arbeitgeber, welche ihre soziale Verantwortung ernst nehmen – sei es im Ausland oder in der Schweiz. Denn da Gemeinden den Zuschlag dem «wirtschaftlich günstigsten» Angebot geben müssen und bezüglich der Erfüllung der Anforderungen eine Selbstdeclaration als Nachweis ausreicht, benachteiligt dies sozial verantwortungsvolle Produzenten im praktischen Beschaffungsaltag.

Bund behindert eigene Bemühungen

Damit hintertreibt der Bund seine eigene Entwicklungszusammenarbeit, mit welcher er in Entwicklungs- und Schwellenländern bessere Arbeitsbedingungen und nachhaltige Wertschöpfungsketten fördert. So unterstützt er zum Beispiel nepalesische Migranten bei der Suche nach einer menschenwürdigen Arbeit in den Golfstaaten, ermöglicht jungen Frauen in Westafrika eine Berufslehre oder finanziert Ausbildungsprogramme in Osteuropa. Ebenso fördert er die nachhaltige Produktion und den fairen Handel. Vergibt die öffentliche Hand gleichzeitig Millionenaufträge an Firmen in Entwicklungs- und Schwellenländern, die sich nicht um die Gesundheit ihrer Angestellten kümmern und Hungerlöhne zahlen, wirkt das kontraproduktiv. Kohärente Politik sieht definitiv anders aus. Dank der laufenden Gesetzesrevision kann das Parlament endlich klare, praxistaugliche Regeln für ein nachhaltiges Beschaffungswesen festlegen. Dazu gehört, dass Beschaffungsstellen soziale Mindeststandards verlangen dürfen, die über die ILO-Kernarbeitsnormen hinausgehen, und Nachweise einfordern können, die sich überprüfen lassen. Erst dann kann sich die Schweiz rühmen, ihrer Verantwortung als Grosskonsumentin wirklich nachzukommen und global einen ernstzunehmenden Beitrag für mehr Nachhaltigkeit zu leisten. □

Bernd Steimann

Helvetas, NGO-Koalition Öffentliche Beschaffung, Koordinator Entwicklungspolitik, Zürich, bernd.steimann@helvetas.org, www.helvetas.ch